Christliche Friedenskonferenz (CFK) in der DDR

Material

zum Wirken einer SED-hörigen Organisation, die sich in Leipzig für die Entpolitisierung der Friedensgebete einsetzte

IFM-Archiv Sachsen

Christliche Friedenskonferenz
Jugendkommission
Arbeitsgruppe Leipzig

24.6.88

Position zum Friedensgebet in der Nikolaikirche

1. Anliegen der Friedensgebete ist die Wahrung, Sicherung und das Erreichen eines dauerhaften Friedens in der Welt und damit auch für uns. Hierbei besteht ein enger Zusammenhang zwischen Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. In den Friedensgebeten müssen alle Menschheitsprobleme, die die Existenz der Menschheit Bedrohen, zur Sprache kommen. Das Friedensgebet ist somit Bestandteil des in Gang gekommenen konziliaren Prozesses. Das Friedensgebet ist der spezifische Beitrag und Ausdruck des Friedensengagements von Christen.

2. Friedensgebete sollten von ihrem Anliegen her primär Gebete sein. Informationen, Bibelinterpretation, eigene Reflexionen zum Thema Frieden sind notwendige Bestandteile eines Friedensgebetes. Der Charakter eines Gebetes, das Vortragen von Bitte und Dank kann aber dadurch nicht verdeckt werden. Jede Bibelinterpretation, jede Reflexion zum Thema kann nur vom eigenen Standpunkt aus erfolgen. Wir müssen deshalb in Kauf nehmen, daß nicht nur <u>eine</u> Interpretation biblischer Texte möglich ist. Die Ernsthaftigkeit der Bibelinterpretation muß vorhanden und unter anderem daran erkennbar sein, daß uns der Text betroffen macht angesichts unseres eigenen Versagens. Im Friedensgebet und in der Bibelinterpretation muß klar das Bestreben erkennbar sein, an der eigenen Veränderung zu arbeiten.

3. Gesellschaftliche Anliegen und Probleme haben ihren Platz in einem Friedensgebet. Ziel muß dabei die Lösung gesellschaftlicher Probleme sein. Im Umgang in unserer Gesellschaft ist hierbei ein neues Denken erforderlich, daß Probleme nur noch miteinander und nicht mehr gegeneinander lösbar sind. Dies setzt zunächst voraus, zur Lösung von Problemen ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, das von Offenheit und Vertrauen sowie Konstruktivität gekennzeichnet ist.

4. Das Friedensgebet kann nicht die Funktion einer politischen Veranstaltung haben, die irgendeiner gesellschaftlichen Gruppierung ein Podium für Offentlichkeit bietet. Schwerpunkt bleibt auch in einem Friedensgebet die kritische Anfrage an Christen, ob sie im Kampf für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung nicht auch versagt haben. Wenn Stille und Meditation durch Applaus ersetzt wird, ist die Chance der eigenen Veränderung vertan, haben wir unser Ziel im Friedensengagement verfehlt.

5. Menschen, die den Entschluß gefaßt haben, aus der DDR auszureisen und die an den Friedensgebeten teilnehmen, sollten sich fragen lassen, ob sie damit nicht auch aus der solidarischen Gemeinschaft mit den Menschen, die täglich durch hartes Engagement Gesellschaft gestalten und Verändern, ausgetreten sind. Die Solidarität derer, die ihren Platz in der Gesellschaft der DDR sehen, mit denen, die ihn außerhalb der DDR sehen, setzt voraus, daß ein kritisch-konstruktiver Dialog vorhanden ist, die Problematik der Aufgabe gesellschaftlicher Verantwortung oder der Resignation aufzuarbeiten.

 FAZ vom 30. Dezember 1991

Wer lenkte den Kampf der Christlichen Friedenskonferenz?

Dokumente belegen dubiose Aktivitäten / Von Ralf Georg Reuth

BERLIN, 29. Dezember. Sie sangen „dem Herrn ihr Lied", damit er „die Herrschaft der Konzerne breche" und „die von denen finanzierten Regierungen" vernichten möge; sie geißelten die Vereinigten Staaten und verglichen sie mit einer „apokalyptischen Bestie", die eine „sündhafte antikommunistische Kampagne entfessele"; sie priesen die „Friedenspolitik" der Sowjetunion und der übrigen Staaten des realexistierenden Sozialismus. Die Rede ist von den Funktionären und Aktivisten der 1958 in Prag gegründeten „Christlichen Friedenskonferenz" (CFK), die in etwa 85 Ländern vertreten war.

In Deutschland existierten entsprechend der damaligen kommunistischen Drei-Staaten-Theorie drei Untergliederungen der CFK, also nicht nur in der Bundesrepublik und der DDR, sondern auch in West-Berlin. Charakteristisch für die Orientierung der Organisation ist das Kommuniqué einer Arbeitsgruppentagung der CFK/Berlin (West) und der CFK/DDR vom Juni 1982. Diesem zufolge hätten die Teilnehmer aus West-Berlin von ihren Bemühungen berichtet, „die breite Friedensbewegung zu stärken und dem Antikommunismus zu widerstehen". Die CFK-Vertreter aus der DDR bezeichneten es als ihre Aufgabe, die Friedenssehnsucht der Christen „in die Friedenspolitik der DDR einzubringen", denn dort gingen, wie der Vizepräsident der CFK, der Ost-Berliner Theologe Gerhard Bassarak, bei anderer Gelegenheit verkündete, die „eigentlichen Friedensinitiativen ... von Staat und Gesellschaft aus".

Was in der Zeit vor der Wende aus solchen und anderen unzweideutigen Verlautbarungen gefolgert werden mußte, nämlich daß es sich bei der CFK um eine von Moskau in Abstimmung mit seinen Satelliten gesteuerte kommunistische „Einwirkungsorganisation" handelte, bestätigen heute zugängliche Dokumente, die außerdem auch Aufschluß über die Einbindung der CFK in den Apparat geben. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß der Einsatz der CFK durch die kommunistischen Geheimdienste koordiniert wurde. So vereinbarten zum Beispiel 1986 das DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und das sowjetische KGB in einem Plan für die Zusammenarbeit der Hauptabteilung XX des MfS und der V. Verwaltung des KGB als eine ihrer künftigen Hauptaufgaben die „planmäßige Verwirklichung der Konzeptionen zur Festigung der Positionen der progressiven Christlichen Bewegungen ‚Prager Christliche Friedenskonferenz' ... zur Stärkung ihrer Rolle im Friedenskampf und bei der Auseinandersetzung mit reaktionären klerikalen Kräften, vor allem in der BRD, Frankreich, Großbritannien und Italien".

Was die vom KGB koordinierten Aktivitäten der CFK im „kapitalistischen Ausland" anging, dürfte auf seiten des MfS neben der Hauptabteilung XX – mit der Unterabteilung XX/4, der speziell die Sicherung der Kirchenpolitik oblag – freilich auch die für die Auslandsspionage zuständige Hauptverwaltung Aufklärung mitgewirkt haben. Dies geht aus heute bekannten Registriernummern von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) des MfS hervor, die für die CFK im Westen wirkten.

Den Vorsitz des DDR-Regionalausschusses der CFK hatte seit 1986 Heinrich Fink inne. Der Theologe war von der ersten allchristlichen Friedensversammlung der CFK im Jahr 1961 an Mitglied der CFK-Jugendkommission, gehörte später der Internationalen Kommission der CFK an und engagierte sich vor allem in deren Subkommission Naher Osten. Gefördert wurde Fink, der nach Auskunft der Gauck-Behörde seit 1969 der Hauptabteilung XX/4 des MfS als IM gedient haben soll, von keinem geringeren als vom CFK-Vizepräsidenten Gerhard Bassarak. In einem Gutachten aus dem Jahr 1979 plädierte Bassarak für die Berufung Finks zum ordentlichen Professor der Berliner Humboldt-Universität (HU), da er unter anderem in „seiner gesellschaftlichen und erzieherischen Tätigkeit ... ein hohes parteiliches politisches Bewußtsein" zeige.

Sicherlich nicht allein seiner Systemtreue wegen avancierte Fink zum Vorsitzenden des DDR-Regionalausschusses der CFK. Der Grund dafür dürfte auch in seiner besonderen Betätigung gelegen haben. Er gehörte nämlich zu den DDR-Theologen, die sich um die Aufarbeitung des Verhältnisses von Christen und Juden, „zumal unter dem Blickwinkel der faschistischen Judenverfolgung kümmerten". Eine solche Tätigkeit mußte aus der Sicht der SED-Führung, die durch das MfS palästinensische Terroristen ausbilden ließ, einen besonderen Stellenwert gewinnen, begann man doch soeben, sich um eine Verbesserung des Verhältnisses zu den einflußreichen nordamerikanischen jüdischen Organisationen zu bemühen. Dies war unumgänglich, wollte der DDR-Staatsratsvorsitzende nach Washington reisen und damit die jahrzehntelangen Anstrengungen der DDR auf ihrem Weg zu einem voll anerkannten deutschen Staat krönen.

Neben der demonstrativen Pflege der Beziehungen zum Judentum auf dem Gebiet der DDR war der Vorsitzende des DDR-Regionalausschusses der CFK immer wieder darum bemüht, die CFK als politisch unabhängige Organisation darzustellen. In einem Gespräch mit der (Ost-) „Berliner Zeitung" im Februar 1988 behauptete Fink, die CFK finanziere sich selbst und fuhr fort: „Wir werden auch nicht ‚von oben gelenkt', wie mancher Unwissende vermutet. Ich bin seit 28 Jahren in der CFK tätig und kann das wohl beurteilen. Natürlich lassen sich die 1000 Mitarbeiter der CFK in unserer Republik lenken – von der Vernunft und dem Evangelium, das eine Friedensbotschaft ist."

Daß dies auch unter Finks Vorsitz des CFK-Regionalausschusses nicht so war, geht aus Dokumenten des MfS der Jahre 1988 und 1989 hervor. So heißt es in einem für Honecker und andere Spitzenfunktionäre bestimmten Geheimpapier des MfS, daß der CFK eine „umfassendere Unterstützung" zuteil werden müsse, „mit dem Ziel, sie noch stärker in den Prozeß der politischen Auseinandersetzung mit feindlichen, oppositionellen Kräften einzubeziehen". Von diesen „feindlichen, oppositionellen Kräften" erwartete das MfS für das Jahr 1989 vor allem „Störungen" im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen und den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR.

Auch für die DDR-Teilnehmer internationaler kirchlicher Veranstaltungen im westlichen Ausland sollten angesichts der heraufziehenden Krise im sozialistischen deutschen Staat – einer „Planorientierung" der MfS-Hauptabteilung XX zufolge – für das Jahr 1989 strengere Maßstäbe angelegt werden. In dem MfS-Papier wird als „Schwerpunkt" die „Auswahl geeigneter Vertreter der Kirchen in der DDR" für die als besonders wichtig erachtete Europäische Versammlung der Konferenz Europäischer Kirchen für „Frieden und Gerechtigkeit" vom 15. bis zum 21. Mai in Basel gefordert. Fink gehörte zu denen, die in der Schweiz dabei waren. In streng geheimen, von MfS-Minister Mielke unterschriebenen „Informationen" des MfS vom 26. und 30. Juni 1989 wird dann ausdrücklich hervorgehoben, daß „Prof. Fink/Berlin und Dr. Heyde/Dresden Fragen im Zusammenhang mit ... den Kommunalwahlen" beantwortet hätten. „Konstruktiv und sachlich wurde von ihnen ... der demokratische Charakter des Wahlsystems in der DDR dargestellt."

Trotz aller Anstrengungen des MfS, die CFK zu stärken, trotz der Mühen der CFK-Aktivisten, allen voran denen Finks, der zum 1. Mai 1989 mit dem Vaterländischen Verdienstorden ausgezeichnet wurde – in der Aufzählung seiner „hohen Verdienste um die Erhöhung des Ansehens unserer Republik" wurde neben „seiner engen Zusammenarbeit" als Sektionsdirektor Theologie „mit den Vertretern des ML-Grundlagenstudiums und der FDJ" auch seine Tätigkeit als Vorsitzender des CFK-Regionalausschusses der DDR lobend erwähnt –, hatte sich offenbar schon 1988 vielerorts Resignation ausgebreitet. In einer Lageeinschätzung der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig vom Juli dieses Jahres ist zum Beispiel zu lesen: „Alleine auf die CFK-Vertreter u. ä. loyale Kräfte zu bauen reicht nicht mehr aus. Die Erfahrungen bei erfolgreichen Einschränkungen negativer Aktivitäten bis zur Umwandlung operativ-relevanter Gruppierungen in loyale Personenzusammenschlüsse belegt, daß zwar ihr negatives Wirksamwerden unterbunden werden konnte, aber ein offensives positives Auftreten nicht erfolgt." Der Theologe Fink, der im Zuge der Wende zum Rektor der Berliner Humboldt-Universität avancierte, pflegt derweil weiter – wie unlängst in einem Gespräch mit dem Norddeutschen Rundfunk – die Legende von der ausschließlich dem „Friedenskampf" verschriebenen CFK.



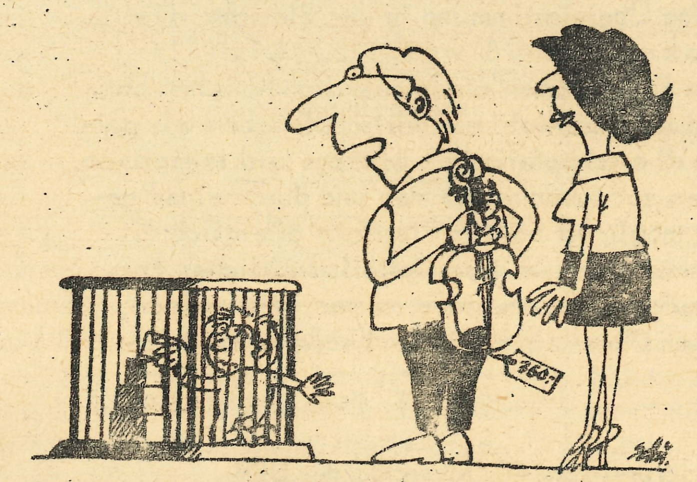
+ + + ZU DIESER AUSGABE+ + +ZU DIESER AUSGAB

Liebe Schwestern und Brüder, liebe Freunde,
in der jetzt eingetretenen Lage wollen wir uns schnell mit dieser 21. "frieda" bei Euch melden und unsere Überlegungen und Standpunkte ins Gespräch bringen. Uns eint im Lande mit allen verantwortlich Denkenden eine neue breite Übereinstimmung in der Einsicht: die sozialistische Demokratie muß weiterentwickelt und vertieft werden! Wir haben einen gesellschaftlichen Entwicklungsstand erreicht, auf dem sowohl auf wirtschaftlichen wie geistig-kulturellen Gebieten di e schöpferischen Beiträge und Initiativen von Gruppen und Einzelnen zur Sprache kommen und durch einen geduldigen Dialog auf einer möglichst breiten Plattform öffentlich diskutiert und in die Programmatik der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung unseres Landes aufgenommen werden sollten. Wir meinen, daß auch wir Christen etwas Gutes einzubringen haben in die Aus-

. . . . .und außerdem:

sprache zur Vorbereitung des 12. Parteitages der SED im Frühjahr kommenden Jahres.
Es gibt in einer Gesellschaft immer beharrende und aufbrechende Kräfte - was zunächst eine wertneutrale Feststellung ist. Unsere Aufgabe ist es, alle Bürger unseres Landes zu Wort kommen zu lassen und dann die Kräfte all derer freizusetzen, die jetzt zu mehr Sozialismus im Lande beitragen können. Denn dem hochentwickelten, eine ungeheure Dynamik entfaltenden Kapitalismus weltweit und besonders in unserer Nachbarschaft wird ein selbstgenügsamer, stagnierender, unentfalteter Sozialismus nicht standhalten können. Darum aber geht es: hier und weltweit eine erkennbare Alternative zur vorherrschenden Welt-Unordnung des sich weiter vertiefenden Gegensatzes von arm und reich, der Bedrohung der geschöpflichen Mitwelt, des Verbrauchs aller natürlichen Ressourcen und der Gefährdung des planetarischen Überlebens zu gestalten. Die CFK, die im Zustandekommen des konziliaren Prozesses eine Frucht auch ihrer langjährigen Friedensarbeit sehen darf, für deren Reifen sie den Boden mit bereitet hat, sollte sich in der DDR jetzt entschlossen den hier entstandenen Problemen zuwenden, damit unser Land als erneuerte sozialistische Gesellschaft heute und auch künftig eine Potenz für die weltweite Suche nach Gerechtigkeit, Frieden und dem Wohlergehen der Schöpfung sein kann. - Die 21., sie möge fliegen und bei Euch landen!

Der Redaktionskreis



„Stell dir vor: Berliner Festtage, du als Solist auf der Bühne, und Papa und Mama brauchen nie wieder nach Konzertkarten zu rennen. Also haben wir beschlossen ..."

Zeichnung: Wolfgang Schubert

= JUNGE WELT 5.10.89

"Der Wechsel vom Vater-Kind-Verhältnis zum Partnerschaftsverhältnis in den Wechselbeziehungen der Gesellschaft läßt sich an einigen vordringlichen Erfordernissen aufzeigen."
(Bischof Dr. Leich auf der 5. Tagung der V. Bundessynode Sept. 1989 Eisenach)
= DOKU-Dienst 35

CHRISTLICHE FRIEDENSKONFERENZ - ARBEITSGRUPPE THÜRINGEN - 4.10.1989

+ + + Erklärung zum 40. Jahrestag der DDR + + +

Als Mitarbeiter der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) in Thüringen können wir die Ereignisse der letzten Wochen in unserem Land nicht - wie das einige unserer Politiker und Journalisten tun - in ein grobes Raster "hier erfolgreicher Sozialismus - dort bösartiger Klassenfeind" einordnen. Denn auf diese Weise wird mehr und mehr Porzellan in der Kultur unseres öffentlichen Bewußtseins zerschlagen. Die Unfähigkeit der für Öffentlichkeitsarbeit in unserem Lande Verantwortlichen, unsere sozialistische Programmatik der eigenen Bevölkerung überzeugend darzustellen, ist offenkundig und treibt eine wachsende Zahl von Menschen mit ihren Gefühlen und Stimmungen den Gegnern des Sozialismus in die Arme. So leicht wie jetzt haben wir es den Feinden der DDR noch nie gemacht.

Auch in der Bewertung der massenhaften Verabschiedung junger Leute vom Aufbau des Sozialismus erfüllen uns andere Gefühle und Einsichten als manche hiesige Politiker und Kommentatoren. Wir halten die Abkänzelungen und Verdammungen als "Verräter" und "Manipulierte" - so zutreffend das im Einzelfall sein mag und einen Teil der Wahrheit beschreiben kann - für Schutzbehauptungen und Ablenkungsmanöver. Es steht dahinter die Verletztheit, die Gekränktheit und Ratlosigkeit der für die Erziehung der Jugend Verantwortlichen, der für den Umgang mit den Bürgern staatlicherseits Zuständigen. Das offiziell verbreitete idealisierende Bild vom Menschen im realen Sozialismus war offenkundig falsch; und was viele für Erfolge unserer Bildung und Erziehung hielten, waren zum Teil nur Erfolge ihrer Einbildung. In dieser Situation der Ent-täuschung, die sicher schmerzhaft ist, liegt aber auch eine große Chance: der Abschied von einer Täuschung! Die selbstkritische Befragung unserer Kinder- und Jugendorganisationen, der gesellschaftlichen Bezugsgruppen, der Organe der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit (nicht zu vergessen: der Kirchen) kann und muß ein neues Herangehen an den Dialog mit den Menschen zur Folge haben. Den Sozialismus kann man nicht gegen die oder abseits von den Menschen, sondern nur mit ihnen aufbauen. Der Sozialismus als die gerechtere Gesellschaft als der Kapitalismus braucht Menschen, die freiwillig und engagiert an den Mühen seines Aufbaus und an seiner ständigen Wartung und Pflege teilnehmen. Wir haben das als CFK-Mitarbeiter auch in der Vergangenheit immer wieder gesagt, aber heute ist das die Forderung des Tages. Wir schlagen allen verantwortlichen Kräften unseres Landes eine offene und öffentliche Diskussion vor zu der Frage

"Wie wird aus dem Sozialismus als der gerechteren nun auch die partizipatorische Gesellschaft, die die Teilnahme aller an ihrer Gestaltung ermöglicht?"

Nach unserer Einsicht ist entsprechend den Bestimmungen der Verfassung die Nationale Front herausgefordert, auf ihrer Plattform zu einem umfassenden öffentlichen Dialog aller Bürger und Gruppen darüber einzuladen, welche nächsten Schritte unsere Gesellschaft gehen sollte, damit sie zeitgemäße Umgestaltungen vornehmen kann, die den Sozialismus stärken. Eine Beibehaltung der bisherigen Methoden betrachten wir als Schwächung der sozialistischen Position, die die gegenwärtige krisenhafte Zuspitzung der Lage nur weiter verschärfen muß. Auch Vorschläge von Reformgruppen wie "Neues Forum" u.a., die entschlossen sind, als Bürger der DDR zu leben, sollten zu diesem Dialog zugelassen und nicht vorschnell als "staatsfeindlich" kriminalisiert werden.

Die Genossen der SED bitten wir dringend, ihre verfassungsmäßig verankerte Führungsrolle in der Gesellschaft auch tatsächlich wahrzunehmen und die Initiative zur Gestaltung des gesellschaftlichen Fortschritts endlich wieder in die Hand zu nehmen. Die Angehörigen der anderen im Demokratischen Block vereinigten Parteien bitten wir, ihre jeweils spezifischen Überlegungen und Vorschläge offen in das Gespräch einzubringen, wie das bereits vom LDPD-Vorsitzenden, dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates Prof. Manfred Gerlach in öffentlichen Meinungsäußerungen ermutigend geschehen ist. Die Organisationen der DDR, insbesondere JP und FDJ bitten wir, ihre Mitglieder-Gewinnung vom Prinzip der Vollzähligkeit und der Nötigung konsequent auf die Grundlage von Qualität und völliger Freiwilligkeit zu stellen. Auch in diesen Gruppierungen selbst sollte der Dialog angeregt und geführt werden, wie das Mitglieder der CDU in einem "Brief aus Weimar" an ihre Unionsfreunde taten. Von den Kirchen erwarten wir, daß sie den vom Evangelium gewiesenen Auftrag zu Zeugnis und Dienst eindeutig in Beziehung setzen zur DDR-Gesellschaft und ihre Gemeindeglieder zum Leben aus Glauben im sozialistischen Deutschland ermutigen. Dabei halten wir es für besonders dringend, daß sie ihre Partnerkirchen in der Ökumene, vor allem die ihnen nahestehenden Kirchen in der BRD dafür gewinnen, daß diese ihre Regierung zur Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft veranlassen. Das wäre die u.E. notwendige konkrete Solidarität einer "Kirche im Sozialismus" mit uns DDR-Bürgern.

Abschließend bringen wir unsere Dankbarkeit gegenüber Gott zum Ausdruck: 40 Jahre DDR sind neben allen Schwierigkeiten und Entwicklungswidersprüchen die gelungenen ersten Schritte der Deutschen nach zwei verheerenden Weltkriegen, eine friedliebende, sozialorientierte und gerechtere Gesellschaft auf deutschem Boden zu errichten. Nur von dieser gerechteren Grundlage aus kann sich unser notwendiger Einsatz für eine menschenwürdige und überlebensfähige Welt entfalten.

Persönliche Stellungnahme zum

40. Jahrestag der DDR

- den Brüdern im Konvent zur Erklärung meines Standpunkts -

Ich bin geboren im heutigen West-Berlin und aufgewachsen in Oberbayern, wo ich die Gründung beider deutscher Staaten erlebte. Meine Mutter hatte gerade ihr Studium beendet, das sie nach dem Tod meines Vaters wieder aufgenommen hatte. Nun fand sie keine Arbeitsstelle. "Was nutzen all die Apfelsinen, wenn man nicht kann genug verdienen", sagte sie sich, nahm ihre Kinder und zog in die DDR.

Ich kam vom humanistischen Gymnasium in die antifaschistisch-demokratische Grundschule und war dort wie hier kein besonders guter Schüler. Aber ich wuchs heran zum Bürger des sozialistischen deutschen Staates, - und ich wurde hier Christ. Beides gehörte für mich von Anfang an zusammen. Ich sehe auch heute noch in Oberbayern meine geographische, hier aber meine politische Heimat. Ich bleibe auch hier, weil ich mir und anderen beweisen möchte, daß es hier nicht schwerer, sondern leichter ist, Christ zu sein.

In der antifaschistischen Grundlage dieses Staates sehe ich bis heute seine Legitimation, auch die Legitimation des Führungsanspruchs der Partei der Arbeiterklasse.
Ich habe in der Kirche, in der ich glauben lernte, auch sehr viel Antikommunismus kennengelernt. Ich fühlte auch mich selber angegriffen. Was für mich zusammengehörte, brach für viele meiner Glaubensgenossen auseinander. Ich sehe beim Blick in die deutsche Geschichte - vor allem in die 25 Jahre zwischen dem Beginn des ersten und des zweiten Weltkrieges -, daß Christen (Kirchen) sich immer falsche Bündnispartner gesucht haben. Sie wären sonst vor Fehlern und Schuld bewahrt worden. Ich folgere: Kommunisten sind bessere Bündnispartner. Einem Staat, in dem sie das Sagen haben, gilt meine Liebe. Auf ihn setze ich nach wie vor meine politische Hoffnung.

Der Einklang zwischen meiner christlichen und meiner politischen Hoffnung findet seinen Ausdruck in einer einheitlichen Friedensbewegung und in der Friedenspolitik unseres Landes.
Auch für mich gilt: Sozialismus und Frieden sind wesenseins. Der Frieden ist sicherer je sicherer der Sozialismus ist. Die Frage aber ist: Wie wird der sozialistische Staat sicherer? Er wird es nicht durch mehr Waffen - darüber besteht heute Einigkeit. Er wird es auch nicht durch mehr "Staatssicherheit", sondern nur durch den Willen seiner Bürger. Der Staat lebt von der Zustimmung seiner Bürger. Ein Staat, der sich über die Zustimmung seiner Bürger hinwegsetzt oder hinwegtäuscht, schadet seiner eigenen Sicherheit.

Deshalb fordere auch ich Veränderungen in unserem Land.
Zuerst und vor allem wünsche ich mir Reisemöglichkeiten für alle Bürger. DDR-"Flüchtlinge" und -Ausreiser sind schlechte, freie Reisende sind bessere Botschafter unseres Landes.
Dies gilt nicht nur für Reisen ins westliche Ausland. Auch die Oder-Neiße-Grenze wird erst wirklich zur "Friedensgrenze", wenn "Friedensbrücken" begehbar werden und Kontakte gepflegt werden.

Ich wünsche mir weniger Spektakel um unsere Errungenschaften. Es muß dem Bürger der DDR nicht immer wieder gesagt werden, was wir alles geschafft haben (er weiß es besser) und daß bei uns Grundnahrungsmittel und Mieten billig sind und medizinische Versorgung kostenlos (er weiß das zu schätzen). Aber es muß dem Bürger auch erklärt und einsichtig gemacht werden, daß der sozialistische Staat nicht all das seinen Bürgern versprechen und geben kann, was der kapitalistische freie Markt denen anbietet, die das nötige Geld haben. Auf ökonomischer Ebene kann der Sozialismus den Kapitalismus nicht "schaffen", aber auf moralischer. Unsere Nichtöffnung für die freie Marktwirtschaft ist auch eine Nichtbeteiligung an der Ausbeutung der Dritten Welt. Hier kann aus Mangel eine Tugend werden.

Ich wünsche mir eine Erziehung zu mehr Bescheidenheit. Das hat Konsequenzen von der Frage der Konvertierbarkeit der Währung bis zur Belieferung mit Bananen.

Auch ich wünsche mir, daß unsere Medien nicht beschönigen und verschweigen, sondern informieren. Hier werden viele Chancen, das Vertrauen der Bürger zu gewinnen und zu festigen, schamlos vertan. Blödsinnige Zeitungsartikel über Abwerbepraktiken liefern unsere Presse dem Gelächter aus. Schweigen, sowie uninformative und undifferenzierte Presseberichte liefern unsere Bürger den Westmedien aus.

Auch ich wünsche mir mehr Freiheit. Aber ich wünsche mir Freiheit nicht so sehr für die, die uns verlassen und sie anderswo zu finden meinen. Ich wünsche mir Freiheit für uns, die wir bleiben, und vor allem für die, die hier Regierungsverantwortung tragen, Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit einer sozialistischen Offenheit und eines sozialistischen Pluralismus zur Bildung eines wahrhaft sozialistischen Bewußtseins und Selbstbewußtseins der Bürger dieses Landes.

Vor allem aber wünsche ich mir mehr Freiheit, Offenheit und Veränderungsbereitschaft in unseren Reihen, in unserer Kirche. Wir empfinden bei den Ausreisern einen Mangel an Glauben, Liebe und Hoffnung, appellieren an ihr Gewissen, wollen ihnen aber auch nicht wehtun - und sind im Grunde stolz, wenn sie sich der Kirche wieder zuwenden. Vor allem aber - wir sind ratlos.
Ich wünsche mir, daß wir uns in der Kirche stärker mit folgenden Fragen beschäftigen: Wie helfen wir unseren Gemeindegliedern, diese sozialistische Gesellschaft mitzubauen und mitzugestalten - oder wenigstens sich in ihr zurechtzufinden? Wie helfen wir in diesem Staat "Verletzten", damit sie auch hier "Heilung" finden? Welchen Beitrag leistet die christliche Gemeinde für eine barmherzigere Gesellschaft in der DDR? Wie helfen wir den in Staat und Gesellschaft Verantwortlichen, ihrer Funktion gerecht zu werden? Wie suchen wir wirklich das Beste unseres Landes?
Ich wünsche mir, daß unsere Kirchenleitungen endlich eindeutig und entschieden für die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR eintreten und dazu vor allem die besonderen ökumenischen Kontakte zur EKD nutzen. Ich wünsche mir, daß kirchliche Mitarbeiter freiwillig auf alle nicht unbedingt notwendigen dienstlichen Reisen in die BRD verzichten, solange nicht wenigstens die Kirchen dort erklärt haben, daß sie ihre Staatsbürgerschaft respektieren.
Dafür ist es nach 40 Jahren endlich an der Zeit.

Anhand einiger Auszüge stellen wir euch die bis jetzt bekanntgewordenen Diskussionsbeiträge einiger Bürgergruppen vor, die nicht in jedem Punkt unsere Zustimmung finden, aber nichtsdestotrotz unsere Auseinandersetzung mit ihnen herausfordern.

Eingeleitet und gefördert durch die Initiative Gorbatschows wird in der Sowjetunion, Ungarn und Polen der Weg der demokratischen Umgestaltung beschritten. Enorme ökonomische, soziale, ökologische und auch ethnische Probleme stellen sich in den Weg und können die Umgestaltung zum Scheitern bringen mit unheilvollen Konsequenzen für die ganze Welt. Was die sozialistische Arbeiterbewegung an sozialer Gerechtigkeit und solidarischer Gesellschaftlichkeit angestrebt hat, steht auf dem Spiel. Der Sozialismus muß nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll. Er darf nicht verloren gehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß. (=DOKU-Dienst 36 "Aufruf zur [illegible]

Mein Lied ist das Hierbleiben

Gedanken eines Christen aus der DDR

Da geht mir das Bild nicht aus dem Kopf, jener rote Möbeltransporter auf den Erzgebirgsstraßen mit dem Nummernschild, das auf Köln oder Karlsruhe hinweist. So genau kenne ich mich da nicht aus. Auch die Ausreisenden sind mir unbekannt. Komisch, daß dennoch das Gefühl eines Verlustes in mir aufkommt. Mir ist es, als ob ganz plötzlich ein wichtiges Buch in meinem Regal fehlt, ein schöner Baum aus unserem Garten entfernt wurde oder ein Kind für immer außer Haus ging.

Ich begreife mit einem Male, daß hier wirklich meine Heimat ist, an derem Gedeihen mir etwas liegt. Was hält mich eigentlich hier?, frage ich mich selbst. Jedenfalls ist es keine "Esel-unter der-Last-Theologie", sondern eher ein Glaube, der mit den ständigen Neuaufbrüchen des Reiches Gottes hier und jetzt rechnet: Sichselbstüberlassene finden Frieden in Gott, Ausgelachte entdekken ihre Würde im Evangelium, Eingeängstigte stehen auf mit erhobenem Haupt, und die Selbstvorwürfe der Versagenden werden durch Jesu Kreuz durchkreuzt. Auch Kommunisten können ihr Mißtrauen uns Christen gegenüber abbauen weil sie merken, daß wir ihnen nichts Böses wollen, daß letztlich Gott nicht gegen sie ist.

Hier sind die Menschen, mit denen ich meine träumende Kindheit und meine unruhige Jugendzeit gemeinsam gemeistert habe. Hier kann ich noch um Mitternacht bei Freunden anklopfen und sagen: Kommt, wir retten das Beste von damals hinüber in unsere jetzige Erwachsenenwelt. Hier in den vertrauten Gassen sehe ich den Jungen vor mir, der ich einmal war, mit seinem Gerechtigkeitssinn und all seinen Idealen. Jedes Haus wird zum Spiegel, der mich fragt: Bist du noch der, der du einmal werden wolltest? Gut, im Westen könnte ich mehr Bücher bekommen. Würde ich aber noch zugreifen, wo alles eine Selbstverständlichkeit ist? Hier halte ich jede Bücherrarität wie einen Schatz in Händen und möchte gewonnene Gedanken umsetzen.
Gut, im Westen könnte mein Hunger nach Hintergrundinformationen besser gestillt werden. Aber käme ich vor lauter Zeitungsschluckerei überhaupt noch zum eigenständigen Nachdenken und Handeln? Würde mich drüben all das Neue so sehr in Beschlag nehmen, daß keine Zeit mehr für die Arbeit an der eigenen Seele bliebe? Wäre der Weg nach außen so verlockend, daß der Weg nach innen mit Gestrüpp zuwachsen würde?

Gut, ich könnte mir manche Träume erfüllen: Eine gute Heimelektronik, den schnellen Wagen, die Reise nach Jerusalem. Aber könnte ich dem hungernden Kind aus Afrika auf der Titelseite des Magazines mit gutem Gewissen in die Augen schauen? Könnte ich mir bei all den materiellen Angeboten und Wunscherfüllungen noch selbst ins Angesicht blicken, wo ich doch hier trotz aller Spenden für gute Zwecke ständig mit Gewissensbissen lebe? Wahrscheinlich würde ich bei euch drüben zuerst an mein eigenes Hochkommen denken. Ich müßte mein Gewissen mit asylantischen Selbstbedauerungen imprägnieren, um dann doch zu erschrecken, wenn ich von der allerhöchsten Instanz gefragt werde: Was hast du für einen meiner Geringsten getan?
Gut, ich hätte weniger Sorge um Wohnung und Arbeitsstelle. Aber könnte ich einem Langzeitarbeitslosen ruhig in die Augen schauen und von der Einladung Gottes sprechen?

So mancher von uns möchte den Funktionären entfliehen, um dann vor den Unternehmern zu kuschen. Könnte ich denn bei euch noch Kritik anmelden, wenn ich mit der Antwort rechnen müßte: Wenn's dir hier nicht paßt, dann geh' doch zurück in die Ostzone!

Hier ärgere ich mich über die Schönmalereien in den Zeitungen. Aber ist das Überschüttetwerden mit lauter Nebensächlichkeiten, mit zweitrangigen journalistischen Regengüssen und mit belanglosen Informationen aus der Welt belangloser Genießer nicht genauso unangenehm für einen Gerechtigkeitssuchenden?

Für mich ist nicht die Reisefreiheit der große Renner, sondern das Sichfreuenkönnen an kleinen Dingen. Letztlich ist es nicht die Summe der Flugkilometer und Hotelrechnungen an der griechischen Mittelmeerküste, die mir Wertgefühl gibt. Für mich hängt das Erleben von Glück davon ab, wie ich Kontakte knüpfen kann und Spuren Gottes erkenne in den Ländern, die mir zugänglig sind.
Ich frage mich, wieso auch Christen bei uns mit Ausreisegedanken spielen. Haben wir in unseren Seelen politische Einzelkinder hochgezüchtet, die mit ihren verwöhnten Ansprüchen hier schwer lebensfähig sind und deshalb schreiend flüchten? Ich meine, daß jugendliche Radikalität erwachsene Kompromißbereitschaft zur Schwester braucht. Die Empörung über Ungerechtigkeit sollte den Entdeckerwillen zum Bruder haben, der auch Gutes in unserem Land herausfinden will. Ungestüme Konfrontation braucht das Geschwisterchen des Feiernkönnens der vielen kleinen Erfolge.

Sind wir vielleicht einäugig geworden? Sehen wir nur angsteinflößende Behörden und bürokratische Dickhäuter? Gibt es nicht auch bei uns Menschen, die nahbar sind und gesunde Veränderungen wollen? Weil jeder Mensch ein Geschöpf Gottes ist, steckt auch in jedem Menschen etwas verborgenes Gutes. Diese Momente gilt es doch zu suchen und ihre Besitzer zu ermutigen.
Leider gibt es auch unter uns Christen so viel klagende Kinder, die mit großen herausgetretenen Augen immer nur Mängel sehen, stets nur Erwartungen hegen und überall "zuviel Staat" sehen. Ich bin an der Stelle etwas demütig geworden, denn als die Kirche früher ein Machtinstrument war, da hat sie auch keine glänzende Kür geboten. Wir sollten nicht nur über vorkommende Kälte hinter Schaltern schimpfen, sondern mit Freude Menschlichkeit walten lassen, wo wir Einfluß haben. Jesus würde in seiner Festpredigt zum 40. Jahrestag der DDR im Berliner Dom vor Ausreisekandidaten vielleicht nur jene biblischen Sätze widerholen: Suchet der Stadt Bestes! Was tut ihr schon Besonderes, wenn ihr nur die liebt, die euch auch lieben? Überwindet vielmehr Böses mit Gutem! Alles, was euch die Leute tun sollen, das tut ihnen!
Mich jedenfalls hat das Evangelium Folgendes gelehrt: Für Gottes Nähe gibt es keine Grenzen. In seiner Hand darf ich sein. Deshalb werde ich nicht auf die "Mächtigen" stieren, was mich hypnotisieren könnte. Vielmehr will ich meinen Blick auf die Geringen richten, die mich hier brauchen.

Einer meiner Freunde prägte mal den Satz: Im Westen hat der Teufel einen verchromten Schwanz, bei uns einen verrosteten. Er wollte damit wohl sagen, daß Wohlstand und Engpässe in gleicher Weise von der Freude des Glaubens abbringen können. Ich möchte ergänzen: Im Westen hat Gott vielleicht Handschuhe, deren Oberseite goldbestückt ist. Und der Handschuh im Osten trägt weniger Zierrat. Aber hinter beiden Handschuhen ist jene gute Hand zu finden, an der man getrost leben kann.
Eine Bitte habe ich natürlich an jeden Bundesbürger, der mal die DDR bereist: Prahlt bitte nicht mit Buntfotos Eurer Vorzüge, wir sind noch nicht immun. Nennt getrost auch mal Eure Nöte und bedenkt dabei aber, daß hier in uns ein ungläubiger Thomas wohnt, ein vollgefressenes Ungeheuer, bei dem eine aufklärerische Diät nur langsam wirkt. Und helft uns, das Gute in unserem Land neu zu sehen und das Wichtige wieder zu wagen.
Harald Lämmel

frieda
DOKU-
MENTIERT

aus: „PACK'S! 30"
(Musikzeitschrift) (6)

23.09.1989

40 JAHRE DDR UND MEIN STANDPUNKT DAZU + + +

Nur wenig älter als die Republik bin ich mit ihr auf meinem Lebensweg eng verbunden. Ich habe auf diesem Lebensweg die Güte Gottes erfahren durch die Begegnung mit Jesus Christus. Das Evangelium und die Weisheit der Bibel leiten mich dazu an, meinen Nächsten zu lieben wie mich selbst (Lk 10,27) und der Stadt Bestes zu suchen, in der ich lebe (Jer 29,7). Diese "Stadt" ist die DDR mit ihrem geschichtlichen Versuch, Sozialismus als das Leitbild eines gerechteren Zusammenlebens der Menschen in praktische Gesellschaftspolitik umzusetzen.

Der Sozialismus in der DDR ist deshalb meine politische Option als Christ,

- weil er die historische und politische Umkehr der Deutschen von den Irrwegen des Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus, von Großmachtstreben und Expansionismus ist. Das Evangelium lehrt: "Ändert euer Leben, denn Gott will jetzt seine Herrschaft vollenden." (Mt 3,2)
- weil er die Gesellschaft von den Bedürfnissen der Ärmsten her plant und ein menschenwürdiges Leben aller Bürger gestaltet, zwar nicht mit allem Wünschenswerten, aber mit dem Nötigsten: mit Wohnung und Arbeit, Bildung und Kultur. Das Evangelium lehrt: Was ihr den Geringsten tut, das habt ihr mir, Christus, getan. (nach Mt 25,40)

Zwischen der Westgrenze an Werra und Elbe und der Ostgrenze an Oder und Neiße vollzieht sich seit 40 Jahren die Abkehr von Kapitalismus und Krieg und der Aufbau einer gerechteren und friedensfähigeren Gesellschaft. Diesen Weg mußten wir gehen unter großen Opfern und bei ständigen Störungen und wechselnden Bedrohungen durch den anderen deutschen Staat, der sich als Rechtsnachfolger des Nazireiches versteht.

Deshalb finde ich es unerträglich,

- daß 50 Jahre nach dem Beginn des letzten Weltkrieges über die Revision seiner Ergebnisse nachgedacht wird und Politik gemacht wird in der BRD, denn das bedeutet, aus vergangenen Katastrophen nichts gelernt zu haben, unsere friedliche Zukunft und die anderer Völker aufs Spiel zu setzen und die nächste Katastrophe anzusteuern
- daß 40 Jahre nach Gründung zweier deutscher Staaten und ihrer Integration in unterschiedliche Gesellschafts- und Bündnissysteme der starke deutsche Staat über den schwächeren die Oberhoheit ausüben will, der reiche den ärmeren zur Ader läßt durch seine anmaßende, völkerrechtswidrige Staatsbürgerschaftspolitik.

Ich erkläre unmißverständlich:

- daß ich mich nicht durch das bürgerliche Deutschland auf dem Boden der BRD mit ihrem Anspruch auf die Grenzen von 1937 vertreten lasse, sondern nur durch das sozialistische Deutschland auf dem Boden der DDR in den Westgrenzen von 1949 und der Friedensgrenze zu Volkspolen von 1950
- daß ich zusammen mit Marxisten und anderen Demokraten den Weg der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR aktiv beschreite, dieses Land als meine Heimat betrachte, für sie arbeite und streite, sie verteidige und wenn es nötig wird, für das Wohl ihrer Bürger, meiner Mitmenschen leide
- daß meine Hoffnung als Bürger der DDR auf eine erkämpfte, gefestigte und gehütete europäische KSZE-Friedensordnung gerichtet ist, in der diese DDR ihr Potential an sozialer Gerechtigkeit, Geborgenheit und Friedensliebe in das gemeinsame Haus einbringt, in dem uns Grenzen nicht mehr trennen, sondern zusammenführen werden.

Ich finde es deshalb ebenso unerträglich,

- daß meine Gedanken über den heute nötigen gesellschaftlichen Fortschritt unseres Sozialismus, der laut Verfassung das Werk aller ist, in meinen Zeitungen nicht gedruckt, gelesen und diskutiert werden können und in Rundfunk, Fernsehen und öffentlicher Rede tabu bleiben müssen
- daß die von mir gewählten Politiker der Propagandakampagne westlicher Medien nichts anderes entgegenzusetzen haben als wütende Ausfälle, vieldeutiges Schweigen, hilflose Rechtfertigungsversuche und panische Angstreaktionen, die im Westen Gelächter und in meinem Land unter vielen Mitbürgern Hohn und Zynismus provozieren und bei mir Verzweiflung
- daß meine Regierung mich wie unmündig behandelt, wenn sie mir Daten und Fakten wie z.B. im Umweltbereich vorenthält, mich vor die Tatsachen fertiger politischer Entscheidungen stellt, statt mich an ihrer Findung zu beteiligen, und daß sie stattdessen auf meinen Rat und den Rat vieler sachkundiger Menschen selbstherrlich meint verzichten zu können
- daß ich meinen Kindern nicht erklären kann, warum ich das DDR-Kfz-Ersatzteil mit Westmark auf dem DDR-Schwarzmarkt besorgen muß, warum ich mir bestimmte Informationen nur auf dem DDR-Schwarzmarkt der elektronischen BRD-Medien beschaffen kann, um in Gesprächen mitreden zu können, und warum ich bestimmte Entscheidungen und Entwicklungen im engeren Heimatterritorium nur über den DDR-Schwarzmarkt "Buschfunk" beziehen kann.

b.w.

Deshalb erkläre ich ebenso unmißverständlich:

- daß ich mich zuallererst in meinen DDR-Medien informieren lassen und andere darüber informieren will, wie mein Beitrag und der Beitrag anderer zu einer sozialistischen, nämlich einer gerechten und partizipatorischen Gesellschaft aussehen kann

- daß ich den offenen Dialog der Regierenden mit den Wählern, von Funktionären und Bürgern fordere, weil ich diesen Dialog als unumgänglich für den Fortschritt, ja den weiteren Bestand des Sozialismus in unserer DDR halte

- daß ich erwarte, daß das Recht und die Pflicht zu öffentlicher Kritik und Selbstkritik mir und allen meinen Mitbürgern gewährt und abverlangt wird

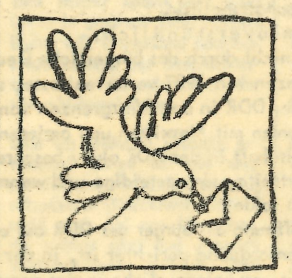
- von der Notwendigkeit überzeugt zu sein, daß die Methode von Hören und Reden, Rede und Gegenrede, Vorschlag und Änderungsvorschlag, wahrhaftiges Fragen und wahrhaftiges Antworten zur grundlegenden Methode des Umgangs wird in Schule und Brigade, Universität und Kirche, Parteiversammlung und gesellschaftlicher Öffentlichkeit

- daß ich ungehindertes Reisen-können und ungehindertes Wiederkommen-können für eine unabdingbare Konsequenz bei der Erweiterung staatsbürgerlicher Rechte halte, weil ein ebenso ungehindertes und unhinderbares Eindringen fremder Bilder und fremder Weltbilder zur nicht mehr abschaffbaren Wirklichkeit unserer psychischen und sozialen Existenz in der DDR gehört.

Nur ein beweglicher Sozialismus ist eine vitale Alternative zum beweglichen Kapitalismus. Und ein beweglicher Sozialismus braucht bewegliche Menschen. Weil: Nur bewegliche Menschen werden unseren Sozialismus nach vorn bewegen.

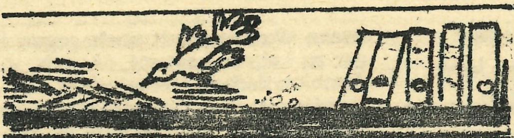
Peter Franz
Pfarrer im EGZ "Thomas Müntzer" Kapellendorf

"In unserem Land ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weitverbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung...
Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben. Wir verzetteln uns in übelgelaunter Passivität und hätten doch Wichtigeres zu tun für unser Leben, unser Land und die Menschheit."
(=DOKU-Dienst 40 "Aufbruch 89 - Neues Forum")



+ + +FLUG-
TELEGRAMM+
+ + + + +

+ + + im juni fand die 6.theologische Konsultation der reformierten kirche der niederlande mit dem bund ev.kirchen in der ddr in zeist/niederlande statt+ + + die acht delegierten der ddr dachten mit nach über "spiritualität im gemeindeaufbau"+ + + aktivere mitarbeit der laien wird als unumgänglich angesehen+ + +(rüdiger banse)



+ + +friedas DOKU-DIENST

Wir bieten weiterhin wichtige Texte, das Blatt für 10 Pf.: (Blattzahl)

35. Bericht von Bischof Dr. Leich an die Bundessynode in Eisenach (9)
36. Beschluß der Bundessynode zum Bericht des Vorsitzenden der KKL (4)
37. "Brief aus Weimar" an die Mitglieder und Vorstände der CDU (8)
38. "Carl von Ossietzky - ein deutscher Jakobiner" v. M. Gerlach (3)
39. Bischofsbrief von Dr. Demke an die Gemeinden (2)
40. "Aufbruch 89 - Neues Forum" (2)
41. Die neue alte Gefahr. Junge Faschisten in der DDR. Konrad Weiß (12)
42. Vorlage zur Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel, eine sozialdemokratische Partei in der DDR ins Leben zu rufen (3)
43. Resolution von Künstlern der DDR (1)
44. Beschluß der Berliner Mitglieder des Schriftstellerverbandes (1)
45. Festrede von Prof. Dr. Manfred Gerlach zum 40. Jahrestag der DDR (4)
46. Offener Brief an die "Junge Welt" von Hermann Kant (4)

"Jetzt kommt es nicht so sehr darauf an, die anderen schlecht, als vielmehr das Eigene gut zu machen."
(=DOKU-DIENST 46 „Offener Brief von Hermann Kant an die Junge Welt" ...)

"Wir fordern jetzt und hier sofort den Dialog mit allen Kräften. Wir fordern Änderung der unhaltbaren Zustände. Wir wollen uns den vorhandenen Widersprüchen stellen, weil nur durch ihre Lösung und nicht durch ihre Bagatellisierung ein Ausweg aus dieser Krise möglich sein wird. Feiges Abwarten liefert gesamtdeutschen Denkern Argumente und Voraussetzungen."
(=DOKU-Dienst 43 "Resolution" von Künstlern der DDR)

"Information ist Bürgerrecht und Staatspflicht. Widerspruch ist nicht Opposition und der persönliche Standpunkt zu politischen Entscheidungen keinesfalls Ausfluß bürgerlicher Ideologie, sondern Erziehungs- und Bildungsziel im Sozialismus."
(=DOKU-Dienst 45 "Festrede von Prof. Dr. Manfred Gerlach zum 40. Jahrestag der DDR)

"Vor allem beunruhigt uns, daß das Problem der legalen und illegalen ständigen Ausreise aus der DDR sich in diesem Jahr weiter verschärft hat, anstatt allmählich an Bedeutung zu verlieren. Betrachtet man die Ausreisewilligen nach Alter, Bildungsvoraussetzungen und Beruf, dann zeigt sich, daß nicht der Rand, sondern der Kern unserer Gesellschaft betroffen ist. Unser Land leidet Schaden - je länger, je mehr. ...
Wir meinen, auch die CDU in der DDR ist heute herausgefordert, ihre gesellschaftliche Mitverantwortung an den höheren Maßstäben zu messen, welche dem Stand der Entwicklung nach 40 Jahren DDR entsprechen. Wir sehen uns zusammen mit allen Mitgliedern und Vorständen der Partei dazu verpflichtet, die aktuellen Probleme unseres Landes realistisch und unbeschönigt wahrzunehmen, sie offen zu erörtern und Vorschläge zu unterbreiten, wie sie gelöst werden können.
Bei dem gegenwärtig besonders bedrängenden Ausreiseproblem geht es darum, die Ursachen zu erkennen und beseitigen zu helfen, welche in unserem Staate herangewachsene, von der DDR erzogene und ausgebildete, aktiv im Arbeitsprozeß stehende Menschen dazu veranlaßt, in unverhältnismäßig großer Zahl ihre ständige Ausreise zu betreiben.
Auf drei Hauptfeldern müssen politische Mitverantwortung, Mitsprache und Mitarbeit der Partei und ihrer Mitglieder eine neue Qualität erreichen: 1. innerparteilich, 2. in der Gemeinschaft des Demokratischen Blocks, 3. in der gesamten Gesellschaft...
- Förderung der öffentlichen Meinungsbildung - Die Mündigkeit des Bürgers respektieren - Reisefragen den ihnen zukommenden Rang beimessen - Wirtschaftsprobleme offenlegen..." (=DOKU-Dienst 37 "Brief aus Weimar" an CDU-Mitglieder u. Vorstände)

Was Liberaldemokraten heute mit Sorge erfüllt, ist, daß sich politische Wachsamkeit auch gegen Bürger zu kehren beginnt, die sich, ihrem demokratischen Verständnis von Humanismus, von Da-sein für Mitmenschen folgend, kooperativ an der Gestaltung des Sozialismus beteiligen wollen, aber Gefahr laufen, als Quertreiber ausgegrenzt zu werden. In diesen Fällen melden wir uns zu Wort und sagen: Da wird guter Wille mißdeutet, da werden kritische Gedanken als Ausfluß bürgerlicher Ideologie in die antisozialistische Ecke gestellt, da werden zuweilen Tatbereitschaft und Engagement, nur weil sie sich nicht an die gewohnten Regeln halten, als oppositioneller Versuch zurückgewiesen.

Sozialistisches Staatsbewußtsein der Bürger aber mißt sich an der sozialistischen Verfassung. Widerrede ist nicht Widerstand; im öffentlichen Dialog, in der kritischen Auseinandersetzung, die auf Einmütigkeit zielen, aber nicht in jedem Falle auch in Einstimmigkeit münden müssen, wächst politisches Vertrauen. Das ist ein immerwährender demokratischer Prozeß. Gegner des Sozialismus wissen von unseren Problemen, von Widersprüchen und Widerwärtigkeiten; deren Widerspiegelung in den Medien und in den Volksvertretungen würde nicht Schwächen der Arbeiter-und-Bauern-Macht enthüllen, sondern im Gegenteil die politische Klugheit der Bürger aller Schichten, der Mitglieder aller Parteien ans Licht bringen. Indessen klaffen die öffentliche Selbstdarstellung unseres Landes und seine Wirklichkeit weiter auseinander. Fragen, die die Entwicklung in sozialistischen Ländern (sowohl in Ungarn und Polen als auch in China und Rumänien) auslösen, reflektieren Sorgen und Irritationen und bewirken, da öffentlich weitgehend ignoriert, Verlust an Glaubwürdigkeit und lassen Gegner Boden gewinnen. Artikulieren wir dagegen Nachdenken über den Sozialismus, über seine Erneuerung und Demokratisierung, üben wir im Geiste Carl v. Ossietzkys kämpferische Toleranz, dann finden jene keinen Raum, die vorgeben, anders zu denken, in Wahrheit aber sich anschicken, alternativ zu handeln.

(=DOKU-Dienst 38 "Carl von Ossietzky - ein deutscher Jakobiner", Rede von Prof. Dr. Manfred Gerlach, LDPD-Vors.)

"Die Gefahr einer neuen faschistischen Bewegung, getragen von jungen Menschen unseres Landes, ist denkbar geworden. Das ist für uns alle eine Herausforderung. Jeder hat zuerst sich selbst die bitteren Fragen zu stellen, jeder wird eigenes Versäumen und Versagen zu bekennen haben. Staat und Kirche, Schule und Jugendorganisationen müssen, jeder für sich, fragen, was sie unterlassen und worin sie gefehlt haben, wenn Zwanzigjährige in unserem Land 'Sieg heil' und 'Juden raus' brüllen...
Eine neue Kultur des öffentlichen Dialogs muß erworben und gepflegt werden; unser Land braucht Gedanken- und Pressefreiheit und ein Spektrum unzensierter Medien. Für junge Menschen muß es eine rechtliche und soziale Basis geben, um alternative demokratische Lebensmodelle, zum Beispiel nach dem Vorbild der israelischen Kibbuzim zu erproben. Nur wahrhafte Demokratie kann auf Dauer die Jugend unseres Landes gegen faschistisches Gedankengut immunisieren."
(=DOKU-Dienst 41 "Die neue alte Gefahr. Junge Faschisten in der DDR" von Konrad Weiß)

"Daß die DDR ein Staat von beträchtlichem Verdienst um den äußeren Frieden ist, hat sich längst herumgesprochen. Ich wollte, dem liefe die Nachricht von unserem vernünftigen Umgang mit uns selbst bald hinterher."
(=DOKU-Dienst 46 "Offener Brief an die Junge Welt" v.H.Kant)

"Strukturen organisierter Verantwortungslosigkeit zerstören die moralischen Grundlagen und die Bereitschaft, Risiken für selbstverantwortetes Handeln in Gesellschaft und Staat auf sich zu nehmen."
(=DOKU-Dienst 42 "Vorlage zur Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel, eine sozialdemokratische Partei in der DDR ins Leben zu rufen"

"Und was darf auf keinen Fall weitergehen? Nicht weitergehen darf der Widerspruch zwischen veröffentlichter Wirklichkeit und Alltagserfahrungen. Wir brauchen den Mut zur unbequemen Wahrheit bei Regierenden und Regierten, ohne Angst vor der Schadenfreude ausländischer Beobachter, ohne Angst vor dem ungünstigen Licht, in das man bei denen 'oben' kommt. Ohne den Mut zur Wahrheit, die weh tut, wird kein wirkliches Vertrauen wachsen können zwischen Regierenden und Regierten."
(=DOKU-Dienst 39 Bischofsbrief von Dr. Demke an die Gemeinden)

"Der Exodus ist nur ein Zeichen für angestaute grundsätzliche Probleme in allen Bereichen der Gesellschaft. Es fehlt inzwischen nicht an Analysen und Ideen, sondern an Möglichkeiten, sich öffentlich über sie zu verständigen und sie wirksam zu machen."
(=DOKU-Dienst 44 "Beschluß der Berliner Mitglieder des Schriftstellerverbandes vom 14.9.1989)

EGZ „T.M." 4-89-40

aus dem Taubenschlag

DIE WÜSTE WIRD BLÜHEN. Friedenslieder mit dem Chor der Ev. Kirchengemeinde Bremen-Lüssum:
- Sa 21.10., 20.00 Bartholomäuskirche Kapellendorf 5321

STANDPUNKT-Tagung zum Karl-Barth-Vortrag von 1919 "Der Christ in der Gesellschaft" in Tambach:
- 5. bis 6.11.1989 im Gemeindezentrum "Lutherkirche" Tambach-Dietharz

Anmeldung bis 23.10. an Redaktion "Standpunkt", Fennstr. 16, Berlin 1190

MACHT EUCH DIE ERDE UNTERTAN - UMKEHR ZUR SCHÖPFUNG? Bibelseminar im EGZ "Martin Gruber" Berlin-Hohenschönhausen:
- Sa 18.11., 10-22 Uhr (von S-Bahn Wartenberg 2 min.)

Anmeldung an Konstanze Schilar, Niehoferstr. 20, Berlin 1092

AUCH WIR BLEIBEN HIER! Christen im Gespräch über einen erneuerten Sozialismus in der DDR:
- Sa 18.11., 20.00 Reglerkirche Erfurt, Juri-Gagarin-Ring.

Veranstalter: CFK-AG Thüringen
Erwartet: Mitarbeiter, Freunde u. Kritiker der CFK

CFK-REGIONALKONFERENZ 27.-28.10. im Gemeindezentrum Berlin-Marzahn. Anmeldung über CFK Berlin 1040, Oranienb. 46

MIT NEUEN IDEEN INS NEUE JAHR. Silvester-Treffen der CFK Thüringen:
- Sa 30.12. bis Mo 1.1.1990 im EGZ "Thomas Müntzer" Kapellendorf 5321

SHALOM UND SLALOM
"Unser Beitrag zu einer partizipatorischen Gesellschaft und zu einer solidarischen Lebensweise" - Ski- und Studienwoche in Masserberg:
- 24.2. bis 4.3.1990

Anmeldung bis Jahresende an: Pfr. Stefan Müller, E.-Thälmann-Str. 57, Masserberg 6113

IMPRESSUM
Herausgeber: CFK-AG Thüringen, p.A. Peter Franz, EGZ "Thomas Müntzer", DDR-5321 Kapellendorf, Ruf Isserstedt 352. Konto: 4092 - 31 - 220. Cod.: 6060 (Solidarität), 6061 (Kopierer), 6062 (frieda). Redaktionskreis: Ulrike Baumann, Peter Franz, Wolfgang Kerst. Technik: Nikolaus Franz.